

Beschlossen auf der Delegiertenversammlung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats
Am 18. November 2018 in Berlin

***Resolution: „Demokratie demokratisieren: Kommunales
Wahlrecht für alle“***

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) fordert eine Demokratisierung der Demokratie, indem ein kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen eingeführt wird.

Eine Änderung des Grundgesetzes ist erforderlich, um den Ländern den nötigen Handlungsraum für die Festlegung des „Kommunalen Wahlrechts für alle“ zu schaffen.

Der BZI als Vertreter für Migrantinnen und Migranten auf Bundesebene wird sich federführend für dieses Thema einsetzen, indem er die politischen Gremien auf Bundesebene aktuell zum Anliegen informiert.

Die Lobbyarbeit seitens des BZI für das „Kommunale Wahlrecht für ALLE“ soll in den Gremien auf Bundesebene und auf Landesebene vorangebracht und der Verlauf in den entsprechenden Migrantvertretungen reflektiert werden.

Anlässlich der Bundestagswahl 2017 haben sich bundesweit zahlreiche Menschen engagiert um auf das fehlende Wahlrecht unserer Mitbürger*innen aus anderen Kulturkreisen hinzuweisen.

Bei der Landtagswahl im Oktober 2018 dürfen über 1,5 Mio. Menschen nicht wählen, d.h. 12% unserer Mitbürger*innen werden erneut von einem politischen Grundrecht ausgeschlossen.

Aktionen und Kampagnen, wie sie im vergangenen Jahr zahlreich stattgefunden haben, sind auf lange Sicht wichtig, aber auch nur eine Form von Aufklärungs-/Sensibilisierungsarbeit. Die Entscheidung für das kommunale Wahlrecht wird auf politischer Ebene gefällt und soll nun vorangebracht werden.

Nach der Wahl ist vor der Wahl, es gilt das Thema weiterhin im Blick zu behalten und alle hauptamtlichen Akteure und natürlich auch die Bevölkerung zu sensibilisieren.